

Klaus Teichmann	UBG	
Herbert van Stein bach	UBG	Vertreter für Jutta Tiefen-
Helmut Walter	FDP	
Andreas Winkler	SPD	

Von der Verwaltung

Doris Block
Caglayan Korkmaz
Christian Westebbe

Schriftführung

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Die Bürgermeisterin stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Nottuln fest.

2	Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt
----------	---

Zur Unterzeichnung der heutigen Sitzungsniederschrift wird einstimmig Ratsherr Hartmut Rulle bestimmt.

3	Mitteilungen
----------	---------------------

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

4	Haushaltsangelegenheiten
----------	---------------------------------

4.1	Stellenplan 2017 Vorlage: 036/2017
------------	---

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 2 beigelegt.

Herr Westebbe stellt den Stellenplan 2017 vor. Er informiert, dass der Ansatz 2017 für die Versorgungsaufwendungen aufgrund der aktuellen Abschlagsrechnung um 35 T€ reduziert werden kann. Hingegen müssen die Einstellungen/Auflösung in die Pensions- und Beihilferückstellungen für aktive und ehemalige Beamtinnen und Beamte um rund 40 T€ erhöht werden, da zwischenzeitlich die Berechnung seitens der kvw zum Stichtag 31.12.2016 vorliegt. Ergänzend weist er darauf hin, dass die neue Entgeltordnung in der Gemeinde Nottuln umgesetzt wurde und somit noch Änderungen aufgrund von Höhergruppierungsanträgen zu erwarten sind.

Ratsherr Manfred Gausebeck zieht den Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2017 „Aufstockung des Personals im Bereich des Bau- und Planungsamtes“ zurück, da der dort dargestellte Sachverhalt bereits in dem Stellenplan aufgegriffen wurde.

Ratsherr Hartmut Rulle äußert Bedenken zu der Höhe des Personalaufwands, der im Haushalt 2017 mit 5,0 Mio. € beziffert ist. In der Vergangenheit lag die Deckelung bei 3,8 Mio. €. Zum einen muss die Verwaltung den Mitarbeitern Perspektiven bieten, und zum anderen ist der Personalaufwand im Blick zu behalten. Um die Personalwirtschaft künftig flexibler zu gestalten, stellt er den Antrag, die zusätzlichen 6 Stellen im Flüchtlingsbereich mit einem kw-Vermerk zu versehen. Im Verlauf der weiteren Diskussion werden unterschiedliche Auffassungen in dem Gremium zu dem Thema deutlich. Ratsherr Karl Hauk-Zumbülte sieht in den kw-Stellen eine Minderung der Attraktivität. Ratsherr Stefan Kohaus hält den kw-Vermerk für unschädlich. Frau Block kann sich die Anbringung der kw-Vermerke vorstellen, da den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst einen dauerhaften Arbeitsvertrag angeboten werden können. Weiterhin besteht die Flexibilität beim Ausscheiden einer Person neu über die Stelle nachdenken zu können.

Nach dieser Aussprache fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden abgeänderten Beschluss:

Beschluss:

Der mit dem Haushaltsplan 2017 vorgelegte Stellenplan wird beschlossen. Die sechs neu eingerichteten Stellen im Flüchtlingsbereich werden mit einem kw-Vermerk versehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja: 18	Nein: 0	Enthaltung: 2
--------	---------	---------------

4.2 Fortschreibung der demografischen Entwicklung der Belegschaft der Gemeindeverwaltung Nottuln Vorlage: 038/2017

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 3 beigelegt.

Frau Block erläutert den Sachverhalt. Sie unterstreicht, dass zwei junge Mitarbeiter für den A1-Lehrgang gewonnen werden konnten. Ratsherr Stefan Kohaus weist darauf hin, das Thema Ausbildung nicht aus den Augen zu verlieren.

Beschluss:

Die Fortschreibung der demografischen Entwicklung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4.3 **Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Nottuln - Standort Appelhülsen Vorlage: 015/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 4 beigelegt.

Herr Korkmaz stellt den Sachverhalt dar. Er informiert, dass das Dach des Feuerwehrgerätehauses sanierungsbedürftig ist. Das Gebäude stammt aus dem Jahr 1968 und wurde seitdem nicht saniert. Weiterhin bestehen keine abgetrennten Umkleieräume. Ratscherr Helmut Walter weist darauf hin, dass die Notwendigkeit eines Neubaus bekannt ist. Ratscherr Heinz Mentrup informiert, dass vom Umkleidebereich zum Fahrzeug kein Kreuzungsbereich vorliegen darf. Er favorisiert für ein neues Gerätehaus den Standort „Dirksfeld“ wegen der Ortsnähe. Ratscherr Georg Schulze Bisping kritisiert die Vorgehensweise. Da diese Maßnahme schon im Brandschutzbedarfsplan stehe, sei es nicht richtig von der Verwaltung nochmals mit einem Antrag auf die Situation hingewiesen zu werden. Ratscherr Stefan Kohaus stellt den Antrag, den Haushaltsansatz für eine Baumaßnahme mit einem Sperrvermerk zu versehen, um künftig noch weitere Überlegungen anstellen zu können. Ratscherr Andreas Winkler stellt fest, dass der Feuerwehrbedarfsplan als Begründung für einen Neubau ausreichend ist. Ein Umbau des Gebäudes ist nicht sinnvoll. Für Ratscherr Hartmut Rulle ist der Sperrvermerk für den Haushaltsansatz ein falsches Signal. Die Planung muss angestoßen werden. Er sieht wegen des Platzmangels in dem Gerätehaus auch die Wahrung der Arbeitssicherheit als nicht mehr gegeben. Ratscherr Karl Hauk-Zumbülte verdeutlicht, für den Bau eine gemeindeeigene Fläche zu verwenden. Planungskosten mit einem Sperrvermerk zu versehen macht keinen Sinn.

Im Anschluss an diese Diskussion wird zunächst über den Antrag von Ratscherr Stefan Kohaus abgestimmt, der mehrheitlich abgelehnt wird (Abstimmungsergebnis: Ja:2, Nein:18, Enthaltung:0).

Beschluss:

1. Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Planungen vorzunehmen.
2. Die für die Planung entstehenden Kosten in Höhe von rd. 35.000 € werden in den Haushalt eingebracht.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

Ja: 18	Nein: 0	Enthaltung: 2
--------	---------	---------------

**4.4 Kindergartenbedarfsplanung
Vorlage: 054/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 5 beigelegt.

Frau Block erläutert den Sachverhalt. Sie teilt mit, dass zu dem Ausbau der Kindergärten zwischenzeitlich neue Zahlen vorliegen, die sich jedoch nochmals ändern können, da die Verwaltung in laufenden Verhandlungen mit möglichen Trägern in den Ortsteilen steht. Weiterhin stellt sie die Lösungsansätze der Kitas in Appelhülsen, Schapdetten und Nottuln vor. Die Fertigstellung des Baus einer Außengruppe für die Marien-Kita in Appelhülsen ist für den 01.10.2017 vorgesehen. An einer Zwischenlösung ab dem 01.08.2017 wird gearbeitet. Ratsherr Georg Schulze Bisping bedankt sich bei Frau Block für die schnelle Arbeit. Ratsherr Stefan Kohaus regt an, bei einer eventuellen Zusatzvereinbarung mit dem Bistum hinsichtlich einer Verlustabdeckung besser selber als Träger von Kitas aufzutreten. Frau Block informiert, dass die Nottulner Kitas bislang davon noch nicht betroffen sind und eine einheitliche Kreislösung bezüglich einer künftigen Verlustabdeckung angestrebt wird. Auf die Frage von Ratsherrn Andreas Winkler hin bestätigt Frau Block, dass alle Kinder an ihrem jeweiligen Ort untergebracht werden. Ergänzend stellt er klar, dass ein eigenständiges Betreiben von Kitas mit anderen Dimensionen verbunden ist. Gespräche mit der Wirtschaft hinsichtlich einer finanziellen Beteiligung in Form von Betriebskindergärten könnten die Situation entspannen. Ratsherr Georg Schulze Bisping lobt die Arbeit mit den jetzigen Trägern und drückt seine Dankbarkeit dafür aus. Wegen der bedenklichen Haushaltssituation schlägt Ratsherr Andreas Winkler vor, die aktualisierte Änderungsliste wegen der 5%-Hürde in der nächsten Ratssitzung beraten zu lassen. Frau Block macht deutlich, dass in zwei Wochen auch noch keine belastbaren Zahlen vorliegen. Weiterhin führt sie aus, dass nach Rücksprache mit dem Kreisjugendamt zum 01.08.2018 zusätzliche 9 U3-Gruppen eingerichtet werden müssen. Somit muss die Verwaltung zeitnah weitere Planungen angehen. Auf Antrag von Ratsherrn Stefan Kohaus erfolgt zu dem letzten Satz des Beschlussvorschlags eine getrennte Abstimmung.

Beschluss:

1. Die vorgestellten Maßnahmen zum Ausbau der Kindergärten werden

beschlossen.

Die notwendigen Haushaltsmittel werden in den Haushalt eingestellt.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

2. Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt, die zur Umsetzung erforderlichen Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

Ja: 18	Nein: 0	Enthaltung: 2
--------	---------	---------------

4.5 Ermächtigungsübertragungen 2016/2017 Vorlage: 010/2017

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 6 beigelegt.

Herr Westebbe erläutert die Ermächtigungsübertragungen. Er macht deutlich, dass ohne die großen Projekte in diesem Jahr die Summe der Ermächtigungsübertragungen auf dem Niveau der Vorjahre liegt. Weiterhin führt er aus, für die Ermächtigungsübertragungen künftig keine Sonderrücklage mehr zu bilden, da es sich hierbei um eine Kannbestimmung handelt und die Höhe des Eigenkapitals damit auch nicht beeinflusst wird. Die Transparenz bleibt bestehen, da die Ermächtigungsübertragungen auch künftig von der Politik beschlossen werden müssen.

Beschluss:

Es werden Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 9.293.660,93 € gebildet. Die daraus resultierenden Änderungen in den Ergebnis- und Finanzplänen der Haushaltsjahre 2017 bis 2020 werden in den Anlagen dargestellt und zur Kenntnis genommen.

Die Ermächtigungsübertragung wird in den künftigen Jahresabschlüssen buchhalterisch nicht mehr in einer Sonderrücklage erfasst.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

Ja: 20	Nein: 0	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

**4.6 Antrag Bündnis 90 / Die Grünen: Haushalt/Zuweisungen aus der
Einkommensteuer
Vorlage: 034/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 7 beigelegt.

Ratsherr Stephan Hofacker bedankt sich für die Ausarbeitung.

Beschluss:

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:
zur Kenntnis genommen**

**4.7 Bericht zur Zinssteuerung zum 31.12.2016
Vorlage: 040/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 8 beigelegt.

Frau Block erläutert den Sachverhalt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:
zur Kenntnis genommen**

4.8 Beratung und Beschlussfassung Haushalt 2017 Vorlage: 033/2017
--

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 9 beigelegt.

Frau Block erläutert die Änderungsliste.

Ratsherr Andreas Winkler regt an, wegen der günstigen Zinsen über eine weitere Aufnahme von Krediten nachzudenken. Frau Block sieht die aktuelle Kreditermächtigung in Höhe von 8,6 Mio. € für die Finanzierung der künftigen Projekt als ausreichend.

Für die Zustandserhebung der Außensportanlagen durch ein externes Büro müssen 5.000,- € in den Haushalt eingestellt werden.

Ratsherr Herbert van Stein stellt den Antrag, über den Produktbereich 12 separat abstimmen zu lassen.

Ratsherr Hartmut Rulle weist auf die hohen Kosten für die Nutzung des ehemaligen Hauptschulgebäudes hin und favorisiert eine Unterbringung der Flüchtlinge in diversen Wohnungen. Rats herr Andreas Winkler sieht hier eine Verschiebung der Kosten, die dann an anderen Stellen entstehen. Frau Block informiert, dass die Verwaltung mit Hochdruck daran arbeitet, das Gebäude so schnell wie möglich als Unterkunft zu schließen. Rats herr Georg Schulze Bisping hebt die menschenunwürdige Unterbringung der Flüchtlinge in dem ehemaligen Hauptschulgebäude hervor.

Wegen fraktionsinterner Beratungen wird die Sitzung von 21:20 Uhr bis 21:30 Uhr unterbrochen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2017 mit den in den Fachausschüssen beschlossenen Änderungen zum Haushaltsplanentwurf vom 20.12.2016 mit Ausnahme des Produktbereichs 12 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja: 10	Nein: 0	Enthaltung: 10
--------	---------	----------------

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2017 mit den in den Fachausschüssen beschlossenen Änderungen zum Haushaltsplanentwurf vom 20.12.2016 für den Produktbereichs 12 zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen**

Ja: 5	Nein: 2	Enthaltung: 13
-------	---------	----------------

**5 Antrag Bündnis 90/ Die Grünen: Vergabe von Ingenieur- und Beraterleistungen
Vorlage: 031/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 10 beigelegt.

Ratsherr Stephan Hofacker stellt den Antrag vor und wünscht sich mehr Transparenz in den Vergabeverfahren.

Die Bürgermeisterin sieht einen sehr großen Aufwand, wenn alle Ingenieurleistungen mit der Politik diskutiert werden sollen. Frau Block macht deutlich, dass die Vergabe von Ingenieur- und Beraterleistungen in den Beschlussvorlagen vorgestellt und damit auch der Politik zugänglich gemacht werden. Ratsherr Markus Lunau möchte die Anzahl der in dem Jahr 2016 vergebenen Gutachten erfahren, um den Umfang abschätzen zu können.

Herr Korkmaz weist darauf hin, dass die Zuständigkeitsordnung keine Aufteilung in einzelne Vergabearten vorsieht. Im Falle einer Umsetzung müsste diese daher geändert werden.

Das Thema wird im nächsten Ausschuss weiterhin behandelt.

**6 Antrag CDU-Fraktion: Nutzung der Alten Amtmannei für private Feiern
Vorlage: 037/2017**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 11 beigelegt.

Ratsherr Hartmut Rulle stellt den Antrag vor. Er kritisiert den stattgefundenen Prozess, da derartige Themen nicht allein von der Verwaltung behandelt werden sollten. Die Politik muss bei der Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. Frau Block macht deutlich, dass es keinen Hausmeister gibt, der die Feiern verantwortlich begleitet. Ratsherr Markus Lunau schlägt vor, die privaten Feiern, die nur 10% der Veranstaltungen ausmachen, zunächst nicht mehr stattfinden zu lassen, um sich einen Überblick über die dann aktuelle Situation zu verschaffen. Ratsherr Karl Hauk-Zumbülte befürwortet diese Vorgehensweise für ein Jahr. Danach soll erneut ein Bericht erstellt werden. Das Gremium schließt sich einstimmig dieser Auffassung an.

7 Verschiedenes

Ratsherr Andreas Winkler fragt nach dem aktuellen Stand des Baus der Trauerhalle in Appelhülsen. Die Bürgermeisterin informiert über die anstehende Baugenehmigung.

Manuela Mahnke
Vorsitzende

Hartmut Rulle
Ausschussmitglied

Elke Schulz
Schriftführerin